

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 50 (1970-1971)
Heft: 12: Das Jahr 1921 : 50 Jahre "Schweizer Monatshefte"

Buchbesprechung: Bücher

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

AUS DEN SCHRIFTEN DES INSTITUTE FOR STRATEGIC STUDIES

In der Reihe der «Adelphi Papers» geben vier der vorigen Jahres erschienenen Nummern (Nr. 65, 66, 70 und 71) die an den Jahreskonferenzen der Jahre 1969 und 1970 gehaltenen Referate wieder¹. Die Themen der beiden Veranstaltungen standen in enger Beziehung zueinander; *François Duchêne*, der Direktor des Instituts, umreißt in der Einleitung der Nummer 70 den behandelten Problemkreis wie folgt: «Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Supermächten in den Gesprächen um die Begrenzung der strategischen Waffen (SALT = Strategic Arms Limitation Talks); die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland einerseits und der Sowjetunion, Polen und Ostdeutschland andererseits in Verbindung mit den Viermächte-Gesprächen über die Berlinfrage; die Auseinandersetzungen zwischen den Mächten des Atlantikpakt und denjenigen des Warschau-Paktes über eine mögliche europäische Sicherheitskonferenz und die Diskussion um eine gegenseitige und ausgewogene Herabsetzung der Streitkräfte; die Auseinandersetzungen über einen Rückzug amerikanischer Truppen aus Europa; die Erkenntnis in den westeuropäischen Ländern, dass ihre Verteidigungsausgaben und ihre Streitkräfte in den kommenden Jahren herabgesetzt werden müssen; und schliesslich die wieder auflebende Hoffnung auf erfolgreiche Verhandlungen für den Beitritt Grossbritanniens, Irlands, Dänemarks und Norwegens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – all das zusammengenommen veränderte das System der Ost-West-Beziehungen in Europa mehr als jede andere politische Entwicklung es seit Beginn des kalten Krieges und der Bildung der NATO ver-

mocht hat, mindestens aber zeichnete sich eine solche grundlegende Veränderung schon deutlich ab. Die Vieldeutigkeit der Lage, die durch Verschiebungen nicht nur des bisher gültigen diplomatischen und militärischen Kräftespiels in Europa, sondern auch in der gesellschaftlichen Struktur gekennzeichnet ist, führte dazu, dass die Überprüfung der Zukunftsaussichten (an der Jahreskonferenz 1970) zwangsläufig zu einer Fortsetzung der während der vorjährigen Konferenz geführten Diskussionen über die SALT-Verhandlungen wurde.»

Das Zitat zeigt deutlich, welche Bedeutung diesen Gesprächen für die politische Entwicklung der kommenden Jahre beigemessen wird. In der Tagespresse ist das bis jetzt wenig zum Ausdruck gekommen; das lässt sich erklären, weil von beiden Gesprächspartnern über den Inhalt der Verhandlungen äusserste Zurückhaltung gewahrt wird. Um was geht es bei den SALT? Zunächst einmal soll vereinbart werden, wie dem Rüstungswettlauf auf dem Gebiet der strategischen Waffen ein Ende gesetzt oder wie dieser wenigstens auf ein vernünftiges Mass eingeschränkt werden kann. Bisher galt in Amerika der Grundsatz, dass das strategische Gleichgewicht nur durch einen Rüstungsvorsprung Amerikas erhalten werden könne. Dieser Grundsatz ist durch Präsident Nixon aufgegeben worden, und es scheint, dass Amerika nun bereit ist, ein Abkommen mit Russland zu treffen, das auf der Rüstungsgleichheit beruht. Wie aber lässt sich das Rüstungspotential der einen Macht mit demjenigen der anderen vergleichen? Dies ist zunächst eine technische Frage, die aber von zahlreichen Faktoren abhän-

gig ist. In «*The Military Balance 1970/71*» sind die wesentlichen Kriterien wie folgt aufgezählt:

- Anzahl der Ziele, die mit strategischen Waffen bekämpft werden müssen, und die Lage ihrer Aufstellung;
- Lage der Waffenstellungen und die Reichweite der Waffensysteme im Verhältnis zu Art und Lage der zu bekämpfenden Ziele;
- Anzahl der Waffen unter Berücksichtigung der Bedeutung, die den einzelnen Systemen beigemessen wird;
- Zuverlässigkeit und Überlebenaussichten der einzelnen Waffensysteme².

Jedes dieser Kriterien ist aber seinerseits wieder durch eine Mehrzahl von Faktoren bestimmt. Hierfür finden sich in «*The Military Balance 1970/71*» und in «*The Strategic Survey 1969*» zahlreiche Unterlagen³. Angesichts der Vielschichtigkeit des Problems ist es nicht verwunderlich, wenn der amerikanische Verteidigungsminister im Mai 1969 erklärte, die Vorarbeiten für ein späteres Abkommen würden «einige Jahre oder mehr» beanspruchen. Dies wiederum erschwert die Arbeiten, da die Verhandlungen sich nicht auf den heutigen Rüstungsstand, sondern auf die voraussichtliche künftige Entwicklung stützen müssen. Auch darüber gibt «*Strategic Survey 1969*» einen guten Überblick.

Welches sind nun die politischen Aspekte der SALT-Verhandlungen? «Der augenfälligste Anlass war, dass beide Weltmächte ein Interesse haben, die zunehmenden Risiken und Kosten bei sinkender Kostenwirksamkeit des strategischen Rüstungswettlaufs zu begrenzen. Die zunehmende Treffgenauigkeit der ballistischen Waffen, die Entwicklung der Mehrfachsprengköpfe und der Abwehrsysteme, liessen es erstmals als möglich erscheinen, dass ein Überraschungsangriff («first strike») durch die eine Seite die andere Seite ausserstande setzen würde, einen Vergeltungsschlag auszulösen. Dieses Risiko blieb sehr klein, es genügte aber, um die bisher gültige beruhigende Versicherung, dass keine Seite es in einer ernsthaften politischen

Krisenlage riskieren könne, einen Nuklearangriff auszulösen, in Frage zu stellen. Ein hemmungsloser Rüstungswettlauf würde deshalb das Sicherheitsgefühl beider Mächte aushöhlen, wobei keiner von beiden hoffen dürfte, eine allen Möglichkeiten gerecht werdende Überlegenheit zu erlangen. ... SALT aber hat noch weiter reichende politische Auswirkungen. Es war offensichtlich, dass die nukleare Begrenzung in einer dynamischen politischen und technologischen Lage kaum werde Bestand haben können, ohne dass die Supermächte letztlich wenigstens die Methoden ihrer Rivalität ändern müssten. Dies müsste sich früher oder später auf die Beziehungen beider mit Europa und China auswirken⁴.»

Mit Ausnahme Chinas wurden die SALT-Verhandlungen offiziell von allen massgeblichen Mächten begrüsst. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass neben Hoffnungen auch Befürchtungen der mittleren und kleineren Mächte im Westen laut wurden. An der Jahreskonferenz 1969 wurde deshalb auch eingehend über die russisch-amerikanischen Beziehungen im Lichte der SALT-Runde verhandelt. Die dort gehaltenen Vorträge sind in den Nummern 65 und 66 der «*Adelphi Papers*» unter dem Titel «*Soviet-American Relations and World Order: Arms Limitations and Policy*» und «*Soviet-American Relations and World Order: The Two and the Many*» erschienen. Bekannte Fachleute aus allen Teilen der westlichen Welt kommen darin zum Wort. Alle Verfasser sind sich einig, dass SALT den Beginn einer neuen Ära der russisch-amerikanischen Rivalität darstellen, und dass sie für das weltpolitische Geschehen der siebziger Jahre die entscheidende Grundlage bilden.

Welche Entwicklungen sind für Europa vor auszusehen? Damit befasste sich die Jahreskonferenz 1970; die dort gehaltenen Vorträge sind in Nr. 70 und 71 der *Adelphi Papers* unter dem Titel «*Europe and America in the 1970s*» veröffentlicht worden. Der eingangs zitierte Satz von Direktor François Duchêne gibt knapp gefasst den ganzen Problemkreis wieder. Hoff-

nungen und Befürchtungen, die an die neue Ära der amerikanischen Beziehungen geknüpft werden, kommen deutlich zum Ausdruck. Wird der Status quo mit seiner unheilvollen Trennung des europäischen Kulturraumes sich verhärten, oder werden sich im Gegenteil Entwicklungen abzeichnen, die zu einem engeren Zusammenschluss der Länder dies- und jenseits des eisernen Vorhangs führen? Werden die europäischen Staaten noch vermehrt von den Supermächten abhängig werden oder wird Europa zu einer selbständigeren Stellung zwischen den beiden Supermächten gelangen?

Ein weiterer bedeutsamer Wandel, der sich schon in den letzten Jahren fühlbar gemacht hat, ist, dass das militärische Potential immer weniger den allein ausschlaggebenden Faktor für die strategische Handlungsfreiheit darstellt. In Europa wie in Amerika und in Russland müssen die Regierungen bei ihren aussenpolitischen Entschlüssen in zunehmendem Masse auf die innenpolitischen Strömungen Rücksicht nehmen. Mit diesen Zusammenhängen haben sich drei Referenten, deren Ausführungen im Heft 71 enthalten sind, befasst. Für die eigene Meinungsbildung ist vor allem bedeutsam, dass in allen Heften, je nach Herkunft und Stellung der Verfasser, zu den einzelnen Fragen sehr unterschiedliche, ja oft sogar einander entgegengesetzte Ansichten zum gleichen Problem vorgetragen werden. Der Leser, der sich über die einzelnen Themen der vier «Adelphi Papers» näher orientieren will, findet in den Anmerkungen eine Inhaltsübersicht der Hefte⁵.

Neben den erwähnten Nummern sind im Laufe des Jahres noch vier weitere Hefte der «Adelphi Papers» erschienen. «*Ethics and Deterrence. – A Nuclear Balance without Hostage Cities?*» von Arthur Lee Burns ist eine allgemeine Betrachtung zur Nuklearstrategie und stellt eine wertvolle Ergänzung für das Verständnis des SALT-Problems dar. Die Nummer 67 ist eine Ergänzung zur «*Military Balance 1970/71*»;

sie gibt einen Überblick über die Streitkräfte der afrikanischen Staaten. Ein weiteres Heft bringt die Fortsetzung des 1969 begonnenen Themas «*Military Logistic Systems in NATO: The Goal of Integration*». Schliesslich enthält die Nummer 64 ein Verzeichnis der wichtigsten Institute, die sich mit strategischen Fragen und mit Friedenssicherung befassen. Die beiden schon mehrfach erwähnten Jahrespublikationen «*The Military Balance 1970/71*» und «*Strategic Survey*» wurden gegenüber den Vorjahren durch eine ganze Anzahl neu aufgenommener Sachkreise ausgebaut; dadurch wird es dem Leser erleichtert, die politischen Zusammenhänge mit den verschiedenen statistischen Angaben zu erfassen.

Fritz Wille

¹ Adelphi Papers, herausgegeben vom Institute for Strategic Studies, London, Nummern 64–71. – ² *The Military Balance 1970/71*, herausgegeben vom Institute for Strategic Studies, London 1970, S. 85. – ³ *Strategic Survey 1969*, herausgegeben vom Institute for Strategic Studies, London 1970. – ⁴ *Strategic Survey*, S. 8. – ⁵ Adelphi Papers Nr. 65; Inhalt: Hedley Bull: «The Scope for Soviet-American Agreement»; Wilhelm Grewe: «The Effect of Strategic Agreements on European-American Relations»; Johan Jörgen Holst: «Parity, Superiority or Sufficiency? Some Remarks on the Nature and Future of the Soviet-American Strategic Relationship»; Charles M. Herzfeld: «Innovation and Restraint.» – Adelphi Papers Nr. 66; Inhalt: Marshall D. Shulman: «The Future of the Soviet-American Competition»; Richard Löwenthal: «Changing Soviet Policies and Interests»; Karl Birnbaum: «The Future of the Soviet and American International Systems»; J. D. B. Miller: «Unlimited Competition of Spheres of Responsibility»; Pierre Maillard: «The Effect of China on Soviet-American Relations»; Rev. Alan Booth: «The Limitations of Military Power.» – Adelphi Papers Nr. 70; Inhalt: Senator McC. Mathias, Jr.: «America and Europe»; Theodor Sommer: «Détente and Security: The Options»; Michel Tatu: «The East: Détente and Confrontation»; Anthony Hartley: «Western Europe in the 1970s: Possible Roles.» – Adelphi Papers Nr. 71; Inhalt: Klaus Knorr: «The United States: Social Change and Military Power»; Johan Galtung: «International Implications of Social Change in European Countries: Some Speculations on 1970–2000»; Paul Lendvai: «The Possibilities of Social Tensions and Upheavals in Eastern Europe and Their Possible Effects on European Security.»

Zwei Bücher bedeutender Autoren über die Entwicklung Deutschlands im letzten Vierteljahrhundert liegen vor. *Alfred Grosser*, in Deutschland geboren, heute in Paris als Professor für Politische Wissenschaft und politischer Publizist tätig, gibt in seiner «*Deutschlandbilanz*» mehr als nur die im Untertitel versprochene «Geschichte Deutschlands seit 1945», nämlich eine umfassende Darstellung auch der politischen und gesellschaftlichen Kräfte und Organisationen¹. Das Schwergewicht liegt auf der Bundesrepublik, doch enthält das Buch auch ein anschauliches, im Urteil wohl abgewogenes Kapitel über die DDR.

Waldemar Besson, Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Konstanz, hat eine faszinierende Geschichte und Analyse der «*Aussenpolitik der Bundesrepublik*» geschrieben, in der er Erfahrungen festhält und Massstäbe erarbeitet². Die Darstellungen Bessons und Grossers, bei dem wir uns hier auf die aussenpolitischen Abschnitte beschränken, greifen ineinander und beleuchten sich gegenseitig.

Tabula rasa

Für die Deutschen war die Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 ein neuer Anfang, und als die Ära Adenauer zu einem politischen und wirtschaftlichen Erfolg wurde, schienen sie eine Weile ihre Vorgeschichte vergessen zu haben. Waldemar Besson schickt seiner Darstellung der Aussenpolitik Bonns ein Kapitel voraus, in dem er den aussenpolitischen Weg der Weimarer Republik und die Eroberungspolitik des nationalsozialistischen Regimes in knappen Zügen skizziert, Stresemann und Hitler konfrontiert.

Stresemann betrieb eine vorsichtige Revisionspolitik, die ein Versuch war, zu der Stellung des kaiserlichen Deutschland zurückzukehren. Deutschland konnte nach dem Ersten Weltkrieg nur wieder zur Grossmacht werden, wenn es sich auch

seiner Grenzen bewusst war. Diese Grenzen sah Stresemann, im Gegensatz zu seinen deutschnationalen Kritikern, sehr klar. Statt Widerstand praktizierte er Kooperation, was aber zur Folge hatte, dass die Ziele bescheidener formuliert werden mussten. Aber dieser Kurs war nicht von Dauer: «Stresemann scheiterte nicht zuletzt am Widerstand derer, die ... im blinden Anlaufen gegen die Realitäten die deutsche Situation zu verbessern suchten. Schon unter Brüning begann man wieder stärker auf der deutschen Gleichberechtigung zu beharren, ohne Rücksicht auf die Partner und deren Prestige. Dem entsprach die Abkehr von der parlamentarischen Demokratie im eigenen Lande. Die Selbstdisziplin, die Stresemann zum «Vernunftrepublikaner» hatte werden lassen, galt schon wenige Monate nach seinem Tode nicht mehr als bindende Maxime der deutschen Politik.»

Stresemann hat für die Befürworter einer neuen Ostpolitik symbolische Bedeutung: der Staatsmann, der bei der Verständigung mit dem Westen sich, anders als Adenauer, Möglichkeiten, Bewegungsfreiheit im Osten offenhielt. Das Ziel war dabei die Revision der deutschen Ostgrenzen von Versailles. Davon ist heute nicht die Rede. Man zitiert Stresemann gegen die Politiker, denen man «blindes Anlaufen gegen die Realitäten» vorwerfen will.

Angesichts der Versuche einzelner Historiker, Hitler als das Normalformat eines Staatsmanns in der Tradition der Machtpolitik auszugeben, sind einige Sätze Waldemar Bessons über die Motive und Ziele des nationalsozialistischen Diktators von Gewicht. Dem Anschein nach, meint unser Autor, war Hitlers aussenpolitischer Ansatz die konsequente Fortsetzung des Weimarer Revisionismus. Aber Hitler plante eine andere Aussenpolitik. Mit Restaurationen gab er sich nicht zufrieden. 1914 war für ihn nicht das Normaljahr der deutschen Geschichte, das es wiederherzustellen gelte. Der Wille

zur Eroberung grosser Territorien in Osteuropa war vielmehr eine radikal neue Zielvorstellung der deutschen Aussenpolitik. Die Nation musste in eine marschierende Armee verwandelt und in ein totalitäres System eingezwängt werden. «Der friedliche Hitler von 1933 bis 1937 war ein Missverständnis. Neuere Forschungen decken immer klarer auf, wie sehr Hitler nach aussen nur eine Fassade aufbaute, um alle Kraft auf die innere Vorbereitung zu konzentrieren. Hitlers Politik ist der gewalttätigste Hegemonialanspruch, den je eine europäische Nation angemeldet hat. Um so grösser war die Zerstörung aller bisherigen Massstäbe.»

Mit seinem Eroberungskrieg hat Hitler nicht nur die alten deutschen Positionen verspielt, sondern die historische Struktur Ostmitteleuropas überhaupt eingeebnet und «für die nach 1945 folgende Sowjetisierung der Völker zwischen den Russen und den Deutschen gründliche Vorarbeit geleistet». Die Tabula rasa in Mittel- und Osteuropa ist die entscheidende Tatsache der Nachkriegszeit und der Massstab für die Bewertung der Aussenpolitik der Bundesrepublik.

«Am Anfang war Adenauer»

Als die drei Westmächte im Juni 1948 die Länder ihrer Besetzungszonen zur Bildung einer gemeinsamen «föderativen Regierungsform» aufforderten, war Adenauers erste Reaktion kritischer Art. Aber im Parlamentarischen Rat in Bonn, dessen Präsident er wurde, spielte er eine so grosse Rolle, dass Besson mit Recht sagen kann: «Am Anfang war Adenauer.» Als Ratspräsident beteiligte er sich an den Beratungen über die Verfassung nur wenig, pflegte aber von Anbeginn intensiv die Beziehungen zu den Okkupationsmächten und ihren Vertretern, den Hochkommissaren. Von ihnen hing in Zukunft eine Lockerung und spätere Aufhebung des Besetzungsstatus ab, die für den Weg der Bundesrepublik zur Unabhängigkeit entscheidend war. Vor allem wollte Adenauer frühzeitig dafür sorgen, dass die Weichen

für die Aussenpolitik der künftigen Bundesrepublik richtig gestellt wurden. Es lag ihm daran, den Westmächten zum Bewusstsein zu bringen, dass der nicht von der Sowjetunion besetzte Teil Deutschlands zu einem Glied Westeuropas geworden, dass die Ära der deutschen Mitteleuropapolitik zu Ende war und dass für die Bundesrepublik eine Form des Anschlusses an den Westen gefunden werden musste. Das war von Anfang an sein aussenpolitisches Programm.

Der Vorrang der auswärtigen Politik war auch die Signatur der Kanzlerzeit Adenauers. Darin und in der Vernachlässigung der Innenpolitik sieht Alfred Grosser in seiner «Deutschlandbilanz» eine Parallele zwischen Adenauer und de Gaulle. Bei dem General wie beim Bundeskanzler spielte die Innenpolitik die Rolle des Aschenbrödels, und an beiden hat sich, sobald einmal der Glanz der aussenpolitischen Erfolge verblasst war, die Missachtete gerächt. Vom Offenbarwerden dieser Schwäche datierte bei beiden ein Niedergang ihres Ansehens – bei Adenauer ganz deutlich nach dem undurchsichtigen Hin und Her seiner unglücklichen Präsidentschaftskandidatur vom Jahre 1959.

Westkurs

Man könnte sagen, dass Adenauer angesichts des von Hitler hinterlassenen Trümmerfeldes seine eigene Aussenpolitik bereits vorgefunden hat, sie gar nicht erst zu konzipieren brauchte. Sein Verdienst war es, die Lage klar gesehen, daraus die Konsequenz gezogen, den «Westkurs» eingeschlagen und unbeirrbar daran festgehalten zu haben. Uneinsichtige schoben ihm die Schuld an dem zu, was er bloss vorgefunden hatte. Allen Tatsachen zum Trotz wollten manche, zum Beispiel Jakob Kaiser, zur alten Mitteleuropa-Konzeption zurückkehren. Die Meinung, dass sie durch Adenauers Politik bloss vorübergehend verschüttet und dass die Ideologie der Bundesrepublik noch immer sei, Mittler zwischen Ost und West zu sein, vertrat

noch 1965 der Demokrat Ralf Dahrendorf, dem aber Waldemar Besson entschieden widerspricht.

Auf dem Wege der Anlehnung an den Westen lag Adenauer nach seiner Natur und Vergangenheit das Zusammengehen mit Frankreich am nächsten. Seit langem befürwortete er auch den Zusammenschluss Europas. Zur deutsch-französischen Verständigung und zur europäischen Integration kam nun, unter dem Einfluss des weltpolitischen Kräfteverhältnisses und der neuen Mächtekonstellation, die Zusammenarbeit und Bundesgenossenschaft mit den Vereinigten Staaten. In diesem amerikanischen «Lehrgang» hat sich der über siebzigjährige erste Bundeskanzler, dessen bevorzugte Verhandlungspartner McCloy und John Foster Dulles waren, in erstaunlich kurzer Zeit zum Rang eines führenden europäischen Staatsmanns emporgedient.

Der erste Schritt der jungen Bundesrepublik zum Bündnisverhältnis mit den Vereinigten Staaten war Adenauers Versprechen eines deutschen Beitrags in einem System der gemeinsamen Verteidigung Europas im Herbst 1950. Die Leistung Washingtons war die sofortige Verstärkung der militärischen Präsenz Amerikas in Deutschland, die wohl das eigentliche Nahziel Adenauers und in der gefährlich-krisenhaften Lage, die der Koreakrieg geschaffen hatte, zumindest psychologisch notwendig war. Die Eigenmächtigkeit Adenauers in der Angelegenheit des Verteidigungsbeitrags führte zu einem Konflikt mit dem Innenminister Gustav Heine mann, der mit der Regierung und mit der CDU brach, zur Sozialdemokratie übergang und als ihr Kandidat fast zwanzig Jahre später zum Bundespräsidenten gewählt wurde – eine verspätete Revanche.

Die Episode hielt damals Adenauers Politik nicht auf, die vom Erfolg getragen war. Allerdings erlitt er eine schwere Enttäuschung, als die Europäische Verteidigungsgemeinschaft durch das französische Parlament nach jahrelanger Verschleppung 1954 verworfen wurde. Adenauers Vertrauen zu Frankreich ist dadurch übr-

gens nicht nachhaltig erschüttert worden. Eine von Briten und Amerikanern vermittelte Ersatzlösung machte den Weg für den Beitritt der Bundesrepublik zum Nordatlantikpakt frei, und mit ihrer Aufnahme in die Atlantische Allianz im Jahre 1955 erreichte der «Westkurs» Adenauers den Höhepunkt des Erfolgs.

Der ganze Weg war gegen die erbitterte Gegnerschaft der Sozialdemokratie und ihres Führers Kurt Schumacher durchgesetzt worden. Dabei wollte, wie Besson feststellt, auch Schumacher den «Weststaat», und er war nicht weniger als der Bundeskanzler von der Notwendigkeit der Abwehr des Sowjetkommunismus überzeugt. Offensichtlich war es die Enttäuschung darüber, dass der Sozialdemokratie die Führung in der Bundesrepublik, auf die sie den ersten Anspruch zu haben glaubte, 1949 wider alles Erwarten entgangen war, die Schumacher in seine unerbittliche Opposition nicht nur gegen Erhards Wirtschaftspolitik, sondern auch gegen Adenauers Aussenpolitik trieb. Da aber beider Politik sich so offensichtlich bewährte und beim Volk wachsende Zustimmung fand, nützte sich die Opposition von Wahl zu Wahl ab, und erst als die Sozialdemokratie unter dem Einfluss des realistischen Herbert Wehner auf Adenauers Westkurs einschwenkte und die durch ihn geschaffenen Tatsachen akzeptierte, gewann sie Glaubwürdigkeit als Regierungspartei bei den Wählern. Als später das enge Zusammenspiel Adenauers mit de Gaulle die Beziehungen Bonns zu den Vereinigten Staaten beeinträchtigte, war es die SPD, die in den sechziger Jahren den CDU-Aussenminister Schröder bei seiner «Kurskorrektur» zur Besserung des Verhältnisses zu dem wichtigsten Bündnispartner der Bundesrepublik sekundierte.

Ostpolitik und «Angebot von 1952»

Streitobjekt blieb ungeachtet der Schwenkung der SPD die Ostpolitik – das Thema der «verpassten Gelegenheiten». Zum erstenmal entbrannte die Kontroverse in heftigster Form über das sogenannte An-

gebot Stalins vom Jahre 1952. In einer an die drei Westmächte gerichteten Note der Sowjetregierung vom 10. März 1952 zeichnete sich eine Möglichkeit der Wiedervereinigung Deutschlands in einem neutralisierten Staatswesen mit eigener Nationalarmee ab. Der Vorschlag war an so viele und so hintergründige Bedingungen geknüpft, dass mit Gewissheit nur langwierige Verhandlungen vorauszusehen waren, aber kaum eine Wahrscheinlichkeit bestand, dass das von Moskau skizzierte deutsche Staatswesen je Gestalt annehmen werde. Adenauer sah in der sowjetischen Note ein Manöver zur Ablenkung der Westmächte von den Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und einen Versuch, die Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Bündnissystem zu verzögern oder überhaupt zu hintertreiben. Den Gegnern des «Westkurses» wäre mit dieser Ablenkung und Verzögerung durchaus gedient gewesen, mehr brauchten sie nicht. Adenauer blieb jedoch in Übereinstimmung mit den drei Westmächten unbeirrbar bei seinem Entschluss, sich nicht durch eine Art von Fata Morgana von seinem eigenen Ziel ablenken zu lassen.

Der Streit darüber, ob mit der passiven Haltung gegenüber dem «Angebot» Stalins vom März 1952 nicht eine für Deutschland zukunftsreiche Gelegenheit verpasst worden sei, ist immer wieder aufgeflammt und heute noch nicht zur Ruhe gekommen. Alfred Grosser in seiner «Deutschlandbilanz» kommt zu dem Schluss: «Wir glauben nicht, dass Stalin wirklich bereit war, ein wichtiges Stück (die DDR) des so sorgfältig erbauten Glacis preiszugeben.» In dem Vakuum, das 1954 nach dem Scheitern der EVG entstanden war, hätten die Erben Stalins mit einem ähnlichen Vorschlag bei Frankreich vermutlich eine günstige Aufnahme gefunden; aber Moskau schwieg.

Besson behauptet nicht, dass eine ernsthafte Chance der Wiedervereinigung versäumt worden sei; scharf tadelt er aber das Verfahren Adenauers, der unter Ausnutzung seiner Richtlinienkompetenz die

parlamentarischen Instanzen in Bonn umgangen und allein mit den Regierungen der Westmächte über die Ablehnung der Sowjetnote entschieden hatte. Beschwerden über diesen Regierungsstil kehrten in Bonn immer wieder und spiegelten den Unwillen über Adenauers «einsame Entschlüsse», die aber letzten Endes doch die Voraussetzung der Geradlinigkeit und damit des Erfolges seiner Politik waren. Die Richtigkeit dieser Politik stellt Besson nicht in Frage, wohl aber die Höhe des Preises, den der Bundeskanzler bezahlte, «weil er für die Zukunft von fünfzig Millionen Westdeutschen den schlüpfrigen Weg der Neutralisierung fürchtete». Besson beklagt, dass der Bundeskanzler, um die Ablehnung des sowjetischen «Angebots» zu kompensieren, seit dem Frühjahr 1952 um so mehr von Wiedervereinigung redete, dass eine «Kluft zwischen Reden und Handeln» entstand und dass dabei die «gesamtdeutsche Unschuld» verloren ging. Man weiss, dass diese Kluft Adenauer peinlich bewusst war; ein Schuldgefühl empfand er dabei nicht, da er überzeugt war, dass bei einer Neutralisierung Deutschlands am Ende ein viel höherer «Preis» zu bezahlen sein würde und dass nur die konsequente Fortsetzung des Westkurses die Freiheit der Bundesrepublik sichern konnte.

Die Sowjetunion fand sich mit der Aufnahme der Bundesrepublik in die westliche Allianz ab, versteifte sich aber von nun an in allen Diskussionen über die deutsche Frage auf die Tatsache der Existenz zweier Staaten. Deren Ignorierung auf längere Sicht bedrohte nach Bessons Meinung die Bundesrepublik mit der Gefahr der Isolierung. In der Berlinkrise, die Chruschtschew 1958 vom Zaun brach, bewährte sich die Standfestigkeit der Westmächte: der sowjetische Vorstoss gegen ihre militärische Präsenz in Westberlin konnte in zähen diplomatischen Kämpfen abgeschlagen werden. Aber 1961, bei der Errichtung der Berliner Mauer, zeigte es sich, dass die Westmächte – wie wenige Jahre zuvor in Ungarn, 7 Jahre später in der Tschechoslowakei – gegenüber Ereignissen im Gebiete des Ostblocks wehrlos waren, selbst

wenn sie sich an der Grenze des sowjetischen Glacis abspielten. Inzwischen hatte die DDR sich als «Sperrfort» nicht nur an ihrer Grenze, sondern auch in den internationalen Beziehungen geltend gemacht. Die «Hallsteindoktrin» – deren Urheber nicht Hallstein, sondern Grewe ist, der längst ihre Revisionsbedürftigkeit dargetan hatte – schränkte die aussenpolitische Bewegungsfreiheit der Bundesrepublik in der Welt ein. Die Stagnation erzeugte psychologische Unrast.

Raum für nationale Selbstbetätigung?

Adenauer, dem Osten abgewandt, liess sich mittlerweile immer mehr auf ein Zusammenspiel mit de Gaulle ein, durch das, wenn er auch die französische Obstruktion gegen die NATO nie mitmachte, doch die wichtigste Frucht seines Westkurses, das amerikanische Vertrauen, gefährdet wurde. Dabei war gerade unter dem Einfluss und Antrieb de Gaulles in der Bundesrepublik eine Welle des nationalstaatlichen Egoismus hochgekommen, die zu der Adenauerschen Konzeption im schärfsten Gegensatz stand. Dass Aussenminister Schröder, der zwar den deutsch-französischen Vertrag abschloss, dann aber sich für ein besseres Verhältnis zu dem amerikanischen Bündnispartner einsetzte und im letzten Kabinett Adenauer und in der Regierung Erhard auch die Anknüpfung von Beziehungen zu osteuropäischen Staaten betrieb, war schon eine Korrektur und Ergänzung der Linie des ersten Bundeskanzlers. Dahinter aber regten sich Kräfte, deren Vorstellungen, gerade im Hinblick auf Osteuropa, Walde-mar Besson dahin umschreibt, dass neben der Sicherheit der Bundesrepublik der deutsche nationale Ehrgeiz wieder Spielräume der Selbstbetätigung suchte.

Diese Vorstellung soll keineswegs als Expansionsdrang missverstanden werden. Aber man fragt sich, ob die Diagnose der Voraussetzungen deutscher Selbstbetätigung in Osteuropa richtig gestellt ist. Die Zeit – das zeigte für Besson in den Jahren der Grossen Koalition der «Blick nach

Osten» – hatte dort «die schlimmsten Erinnerungen zurücktreten lassen»; bei den westslawischen Völkern, die unter der Herrschaft der Sowjets leben mussten, war der Wille zu nationaler Selbständigkeit wiedererwacht; sie entdeckten wieder ihre Westgrenze, und «Westen, das hatte für sie stets Deutschland geheissen».

Wie es innerhalb des sowjetischen Glacis um die Regungen nationaler Selbständigkeit wirklich bestellt war und wie brutal dort Ansätze zu Rückwendungen nach dem «Westen, Deutschland geheissen», ausgetilgt wurden, wurde durch die militärische Okkupation der Tschechoslowakei am 21. August 1968 in grellem Lichte illustriert. Da die bewaffnete Intervention nicht nur eine eklatante Bestätigung der Suprematie Moskaus, sondern nebenbei auch ein politischer Triumph Ulbrichts war, stand es um den «Spielraum» der Bundesrepublik zur Wiederaufnahme des «Gebens und Nehmens mit den osteuropäischen Nachbarn» besonders schlecht.

Mit diesem Schlag, den die Politik des Aussenministers Willy Brandt erlitten hatte, fiel die Grosse Koalition in aussenpolitischen Fragen auseinander. Brandt setzte, da die Westmächte auf Prag nur schwach reagiert hatten, seinen Entspannungskurs gegenüber dem Osten fort, den die christlich-demokratischen Koalitionspartner immer unwilliger mitmachten. Im Wahlkampf von 1969 malte die Sozialdemokratie verheissungsvolle Perspektiven ihrer Ostpolitik aus, während die CDU künftige europäische Fortschritte versprach – dabei waren beide ihrer Partner im Osten oder Westen nicht im geringsten sicher.

Der Bundeskanzler Brandt, der, obwohl die CDU die Stellung der stärksten Partei behauptete, im Herbst 1969 eine Koalitionsregierung mit den Freien Demokraten bildete, wandte sich – nach der Erfahrung der Tschechoslowakei – mit seiner Ostpolitik in erster Linie direkt an Moskau und an die DDR. Die Schwelle dieser neuen Ära überschreiten unsere Autoren in ihrer Darstellung im allgemei-

nen nicht; immerhin spricht sich Alfred Grosser noch zu dem Treffen von Kassel vom 21. Mai 1970 aus, das er vom Standpunkt Bonn aus als Misserfolg bezeichnet. Die neue Politik der Bundesrepublik gegenüber der DDR beruhte auf einer Hoffnung, einer gewagten Spekulation: die Konsolidierung der DDR werde ihren Führern eine Sicherheit verleihen, die ihnen erlauben werde, sich liberaler zu geben. Zum Ausgang des Treffens bemerkt Grosser: «Willi Stophs Haltung in Kassel lässt auch die Annahme zu, dass das Umgekehrte eintreten könnte: dass die Konsolidierung die Intransigenz verstärkt.» Diese Gefahr schwebt über allen Aspekten der neuen Ostpolitik Bonns.

Die Hitlersche Hypothek

Die Bundesrepublik trägt in ihrer Aussenpolitik noch immer schwer an der Hypothek der Hitlerschen Vergangenheit. Dazu hat Alfred Grosser wesentliches zu sagen. Wer in Deutschland, meint der Verfasser der «Deutschlandbilanz», denkt noch daran, die alte Redensart zu gebrauchen: «Am deutschen Wesen soll die Welt genesen?» Als General de Gaulle auf diese Weise redete, erregte er Lächeln oder Unwillen, aber er schockierte nicht, wie ein deutscher Politiker schockieren würde, wenn er etwa de Gaulles Satz transponieren würde: «Unser aussenpolitisches Handeln trachtet Ziele zu erreichen, die untereinander verknüpft sind und die, weil sie französisch sind, im Interesse der Menschen liegen.» (Neujahrsansprache de Gaulles vom 31. Dezember 1967.) «Dadurch» – fährt Grosser fort –, «dass Hitler die Vorstellung von einer Berufung, einer besonderen Mission Deutschlands so barbarisch übertrieben hat, hat er sie zuschanden gemacht.»

Ein Vierteljahrhundert nach der Kapitulation hat Deutschland noch immer mit der Empfindlichkeit der Welt zu rechnen. «Als Frankreich im April 1966 die NATO verliess, bezog sich die Besorgnis, die General de Gaulles Entscheidung in Norwegen oder den Niederlanden hervorrief, weniger

auf die mögliche Verminderung der Effizienz der atlantischen Organisation als auf die Gefahr, die Bundesrepublik Deutschland könnte sich auf den Stuhl setzen, der unter den bevorrechtigten Mitgliedern der Allianz freigeworden war. Im November 1968 genügte es, dass die Deutsche Mark zum ersten Mal dem gemeinsamen Druck der Finanzminister der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens und Frankreichs widerstand, damit das Gespenst einer neuen deutschen Gefahr sogar in den Regierungskreisen der immerhin verbündeten Länder auftauchte.» Und in der triumphierenden Balkenüberschrift der «Bild-Zeitung» «Jetzt sind die Deutschen Nr. 1 in Europa» wollte man damals überall ein erschreckendes Zeichen sehen.

In der Tat hat die internationale Währungskrise vom November 1968 der Welt vor Augen geführt, dass die Bundesrepublik eine Wirtschaftsmacht ersten Ranges geworden ist. «Aber sie hat – sagt Grosser – gleichzeitig eine Realität enthüllt, die ihre Politiker in Rechnung stellen sollten, selbst wenn sie diese Macht ausnützen wollten, zum Beispiel, wenn Franz Josef Strauss Bundeskanzler wäre: für das Bonner Deutschland bringt ein Machtzuwachs weniger Prestige und Einfluss als vielmehr Einsamkeit mit sich. Ob zu Recht oder Unrecht, das verflossene Dasein von Hitler wirkt immer noch wie ein Gegengewicht gegen Abermillionen von Tonnen friedlichen und schöpferischen Stahls.»

Diesem Gespenst der Vergangenheit begegnete die Aussenpolitik Bonns überall; bei jedem Schritt musste sie sich seiner erwehren. Adenauer entschloss sich, die entsetzliche Erbschaft zu akzeptieren, die Haftpflicht für die Schulden und Verbrechen zu übernehmen, um vor der Welt die Ehrenhaftigkeit wiederzuerlangen und zu erreichen, dass die Bundesrepublik als Nachfolger des früheren deutschen Staates anerkannt wurde. Am 8. August 1952 wurde in London ein Abkommen unterzeichnet, durch das sich die Bundesrepublik verpflichtete, die internationalen Anleihen, die Deutschland früher aufgenommen hatte, insbesondere die Dawes- und

Young-Anleihen von 1924 und 1930, zu verzinsen und zurückzuzahlen. Einen Monat darauf wurde das Abkommen mit Israel über die Wiedergutmachung unterschrieben, für das sich Adenauer besonders einsetzte und für dessen Verabschiedung im Parlament er des Zuzugs eines Teils der Abgeordneten der sozialdemokratischen Opposition bedurfte. Die Anerkennung der «Haftpflicht» hatte für die Bundesrepublik einen unverdienten Nachteil zur Folge. Sie hatte sich bereit erklärt, für das frühere Deutschland zu bezahlen: sie war also die Fortsetzung dieses früheren Deutschland. «Noch 1970» – konstatiert Alfred Grosser – «richtete sich alles, was es noch an Deutschfeindlichkeit in der Welt gibt, gegen die Bundesrepublik und gegen sie allein: wenn dem anderen Deutschland gegenüber unfreundliche Gefühle bestehen, dann wegen seines Regimes und nicht wegen seiner Vergangenheit.»

«Verlässliche Ausgangsbasis»

Man kann den Gedankengang des Buches von Waldemar Besson nach seinen eigenen Worten auf eine Kurzformel bringen: Der aussenpolitische Anfang, den Adenauer 1949 in Bonn setzte, hat sich zu einer Tradition ausgeformt, die sich erst in den sechziger Jahren «im Rückgriff auf ältere Erfahrungen der deutschen Geschichte» erweitert. Als bleibendes Resultat der ersten Phase, der Ära Adenauer im eigentlichen Sinne, sieht Besson die verlässliche Ausgangsbasis, die der erste Bundeskanzler zusammen mit den Vereinigten Staaten geschaffen hat, vor allem die Zugehörigkeit zur NATO als «Fundament westdeutscher Sicherheit». Daran soll nicht gerüttelt werden, denn auch der beste Wille zum Ausgleich – so Besson im Hinblick auf die deutsche Ostpolitik – kann nicht übersehen, dass die fortgesetzte Bedrohung durch die Sowjetunion zu den Konstanten der westdeutschen Lage zählt. «Nur das Gleichgewicht der Kräfte in Ost und West schafft die Garantie, dass die Koexistenz auf östlicher Seite ernstgenommen wird.» Neben der NATO stellt die europäische

Zusammenarbeit eine weitere dauerhafte Grundlage der Beziehungen der Bundesrepublik zum Westen dar.

Der zweite Abschnitt der Bonner Aussenpolitik stand unter veränderten weltpolitischen Gegebenheiten. Ins Gewicht fiel vor allem die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten in den sechziger Jahren mit einem Abbau ihrer weltpolitischen Verpflichtungen begannen und die Versuche bilateraler Verständigung zwischen Washington und Moskau intensiver betrieben wurden. Einen neuen Zug brachte de Gaulle ins Bild mit seinem immer deutlicher sich abzeichnenden Anspruch auf eine Führerrolle Frankreichs in Europa, der sich vor allem gegen Amerika richtete. In der Welt wimmelte es bald von Varianten des gaullistischen nationalen Ehrgeizes. Auch in der Bundesrepublik regte sich das Verlangen, nationalstaatliche Politik «wie alle anderen» zu treiben. Die Genugtuung, die damit verbunden war, erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt, als Bonn in der internationalen Währungskrise vom November 1968 seinen Willen gegen die Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Frankreich durchsetzte und damit vor aller Welt die Rolle der Bundesrepublik als einer Wirtschaftsmacht ersten Ranges demonstrierte. Das deutsche Triumphgefühl fand den gewagtesten Ausdruck in jener prahlerischen Balkenüberschrift der «Bild-Zeitung»: «Jetzt sind die Deutschen Nr. 1 in Europa.» Besson sieht in dieser Überschrift ein Symptom dafür, dass «die volle Gegenbewegung gegen den Europakurs der fünfziger Jahre erreicht war». Dieser von einer Welle von Emotionen begleitete Rückschlag zeigte, dass «noch immer zwischen der Erinnerung an die ehemalige Grossmachtstellung und der Erfahrung absoluter Ohnmacht nach 1945 die vernünftige Balance nicht gefunden war».

Modell 1970

Das «Modell Adenauer» ist, wie man sieht, in den Krisen der sechziger Jahre heftig strapaziert worden, hat aber die

Probe bestanden. Im «Modell 1970» soll nun der dauerhaften westlichen Plattform durch die Equipe Brandt-Scheel-Wehner ein ostpolitisches Gegenstück angefügt werden. Seit der Blick nach Osten die Westdeutschen verführt, die alte Vorstellung vom «Land der Mitte» – was immer das heissen soll – auf die Bundesrepublik zu übertragen, ist das Bedürfnis nach symmetrischen Verhältnissen erwacht. Zwischen den politischen Voraussetzungen einer Verständigung im Osten und denen im Westen besteht aber keine Symmetrie. Sie kann nicht bestehen, weil die Bundesrepublik, um mit Moskau überhaupt verhandeln zu können, des atlantischen Bündnisses und des amerikanischen Schutzes bedarf und beides auch während und nach den Verhandlungen nicht aufgeben kann.

Darüber herrscht bei Waldemar Besson volle Klarheit, wie sein Satz, die Bedrohung durch die Sowjetunion zähle zu den Konstanten der westdeutschen Lage, zur Genüge beweist. In dem weltpolitischen Krisenjahr 1968 hatte Moskau, während es im stillen über der Breschnew-Doktrin brütete, die Regierung der Bundesrepublik nicht wenig erschreckt mit der Berufung auf ein Interventionsrecht der Sowjetunion

in ehemaligen Feindländern auf Grund der Satzungen der Vereinten Nationen. Das geschah im Lauf der Verhandlungen über einen Gewaltverzicht, bei denen Bonn die Sowjetunion für einen Verzicht auf Gewaltanwendung in Mitteleuropa gewinnen wollte. Das passte gerade nicht in das Konzept Moskaus, das damals schon mit dem Gedanken der militärischen Okkupation der Tschechoslowakei umging und sich auf jeden Fall ein Interventionsrecht in seinem osteuropäischen Herrschaftsbereich sichern wollte. Die Sowjetdiplomatie wich deshalb dem deutschen Vorschlag mit der Berufung auf die ominöse Feindstaatenklausel der Vereinten Nationen aus. Als sich dieser Zusammenhang herausstellte, mag man in Bonn erleichtert aufgeatmet haben, und vor diesem Hintergrund betrachtet Besson das Streben Brandts, die Sowjetunion auf einen Gewaltverzicht festzulegen, als eine verheissungsvolle Einleitung der «Ostpolitik».

Albert Müller

¹Verlag Carl Hanser, München. – ²Verlag Piper, München.

ANNETTE KOLB UND ISRAEL

Innerhalb der Schriftenreihe «Literatur und Geschichte» ist ein Band erschienen, der in mancher Hinsicht das rege Interesse der Freunde von Annette Kolb beansprucht¹. Nicht nur war der junge israelische Dichter *Elazar Benyoetz* einer der wenigen Menschen, die die letzten Tage der vor drei Jahren verstorbenen Dichterin teilten. Er war vergleichsweise spät in ihr Blickfeld getreten: die Beziehung zwischen der Hochbetagten und dem Jungen war während ihrer fünfjährigen Freundschaft nur um so lebendiger.

Benyoetz hat über die allerletzten Tage geschrieben; wohl wie kein anderer war er dazu befugt. Und wie kein zweiter war

er befähigt, sich über das Problem des Judentums, das Annette Kolb während ihres ganzen langen Lebens beschäftigt hatte, zu äussern. Das Problem aufzugreifen, über es nachzudenken, darüber zu schreiben, fühlte sich die Dichterin immer erneut gedrängt. Mit Juden darüber zu sprechen, war für sie eine Frage des Temperaments. Nie entzog sie sich diesen in der Luft liegenden Fragen. Vielmehr packte sie sie an, bekannte sich mit hohem Mut dazu und erörterte sie, auch im Wissen, die Umwelt durch Offenheit und betonte Subjektivität vor den Kopf zu stossen. Es war einer ihrer Wesenszüge, mit dem Kopf durch die Wand zu rennen.

Doch sie wollte in erster Linie ehrlich sein, gegenüber sich selbst und gegenüber den andern.

Auf das Wesen, die Besonderheit von Annette Kolb kommt der Autor in einem Abschnitt zu sprechen, der mit «Die paar Gedanken» betitelt ist. Auf das Gedankliche kam es der Dichterin immer an; sie selbst sagt es und hält fest, dass die Formen ihrer Bücher, ihrer wenigen Romane und Novellen, ihrer Biographien, ihrer Reiseerzählungen, ihrer Aufsätze, vor allem durch das Gedankliche geprägt seien.

Das wird denn in den Ausführungen des jungen Israeli, den Annette Kolb in ihren Briefen nicht selten als «Wilden Hebräer» bezeichnet (während sie sich ihm gegenüber die «Christliche Schwester» nennt) deutlich. Zu sagen ist, dass er sich in ihrem Werk ausgezeichnet auskennt: grösste Verehrung bringt er dieser so zuchtvollen, dennoch in der Wirkung schwebendleichten Sprache entgegen. Es war eine schicksalshafte Fügung, dass die Dichterin am Ende ihres Lebens mit einem Vertreter des jungen Volkes zusammentraf, mit dem sie das Problem des Judentums erörtern konnte, von dem sie auch in ihrem Wunsch nach einer Israelreise unterstützt wurde. Es war denn, im Jahr ihres Todes, die Erfüllung eines langgehegten Traums, eine Fahrt nach dem gelobten Land verwirklichen zu können.

Jahre hindurch hatte sie sich mit dem Plan befasst; allein immer traten neue Hindernisse entgegen. Ohne die Hilfe des israelischen Dichters wäre die Reise wohl nie möglich geworden. Annette Kolb konnte jenes Land noch sehen, die Stätten besuchen, die ihr als Christin wichtig waren, als gläubiger Katholikin, die sich zu dem neuen Staat höchst positiv stellte, die das Positive um so deutlicher sah, als sie mit ihrem kritischen Sinn die Unterschiede zwischen den Anschauungen so haarscharf erkannte und ihnen Wort gab.

Benyoetz weiss aus dem ganzen Werk jene Stellen anzuführen, die die Frage zwischen Christentum und Judentum aufgreifen: er zitiert jene Passagen aus dem

Aufsatz über das Berlin der Zwischenkriegszeit (die Gespräche mit Valerius Pfeil), er zitiert auch die Auseinandersetzung mit Werfel, der Annette Kolb vor dem so komplexen Problem warnen wollte, er zitiert jene Partie aus der «Glücklichen Reise», da die Dichterin auf dem Schiff nach Amerika ein junges jüdisches Geschwisterpaar sieht, das sie vergeblich sucht, da es zwei Figuren eines Wachtraums waren.

Mit grosser Sorgfalt ist hier alles vereinigt, was sich an Geschriebenem zu der Frage findet. Am deutlichsten kristallisiert sie sich wohl in den Tagebuchaufzeichnungen von Benyoetz heraus und in den Briefen, die Annette dem so Aufgeschlossenen schrieb: sie sind erstmals veröffentlicht und geben Einblick in eine freundschaftliche Beziehung, die voll Vertrauen ist, dem einzelnen Partner aber alle Freiheit lässt. Ihre innere Freiheit zu wahren, war für Annette Kolb zeit ihres Lebens das köstlichste Gut.

In den Tagebuchaufzeichnungen werden freilich nicht nur das jüdische Problem und die Verschiedenheiten der Auffassungen deutlich; alles, was die Dichterin beschäftigt, klingt wider. Von ihrer Lieblingslektüre ist die Rede, Goethe, Novalis, Eichendorff, Stifter, Mörike, von der Musik natürlich (die beiden sprechen über Wagner, und Einwände, die Benyoetz machen möchte, lässt sie nicht gelten). Trefflich auch eine Charakteristik wie die folgende: «Obwohl sie immer wieder ausruht, ist sie doch nie entspannt. Ein solches Wetteifern mit der Zeit, soviel Energie, die sich nur darauf konzentriert, die Zeit wettzumachen, gibt es nicht noch einmal.»

Wie oft Annette Kolb missverstanden wurde, ist im übrigen aus den einleitenden Seiten zu ersehen: hier rechnet der Autor mit jenen ab, die in den Nachrufen nur das Äussere festhielten, dabei dieser so einmaligen und unverwechselbaren geistigen Erscheinung nicht gerecht wurden.

Peter Mieg

¹Elazar Benyoetz, Annette Kolb und Israel, Lothar Stiehm-Verlag, Heidelberg 1970.

NEUE ERZÄHLER AUS DEM TESSIN

Die Vielsprachigkeit der Schweiz zwingt die Schriftsteller der einzelnen Landesteile dazu, sich dem deutschen, französischen oder italienischen Kulturkreis anzuschließen. Von den drei schweizerischen Sprachgebieten ist der Kanton Tessin am meisten isoliert. Während die Tessiner Baumeister Carlo Maderna, Francesco Borromini sowie Domenico und Carlo Fontana mit ihrer Bautätigkeit in Italien einen bedeutenden Beitrag zur italienischen Architektur leisteten, trägt das Tessin zur italienischen Literatur nur wenig bei. Seine Schriftsteller behandeln Probleme, die von denjenigen der Italiener recht verschieden sind. Das Interesse der Tessiner richtet sich vor allem auf die Auswanderung, die entvölkerten Dörfer und Täler und auf die Landschaft mit ihren Bergen und Seen. Nur vereinzelte Dichter, wie zum Beispiel Giorgio Orelli, haben in Italien vermehrte Beachtung gefunden. Und auch dieser nur, weil er sich mit seinen Gedichten von der Kunsttopographie und Kunsttradition des Tessin mit seinem spezifischen Naturlyrismus lossagte und als erster die neue Lyrik im Sinne Ungarettis propagierte. Die übrigen Tessiner Schriftsteller kennt man sowohl in Italien wie auch in der Nord- und Westschweiz kaum. Die Literatur des Tessin ist somit nicht eigentlich ein Bestandteil der italienischen Literatur. Das lässt sich schon daraus ersehen, dass die Tessiner Schriftsteller ihre Werke vorwiegend in Tessiner Verlagen erscheinen lassen. Das Tessiner Radio und die höheren Schulen sind die einzigen Institutionen des Kantons, die den Schriftstellern, welche das Schreiben als Nebenbeschäftigung ausüben, existentielle Voraussetzungen bieten. Die Literatur der Tessiner wird denn auch in der Hauptsache von Lehrern bestritten.

Die Zürcher Romanistin *Alice Vollenweider*, die sich vor allem mit zeitgenössischer italienischer Literatur beschäftigt, hat es in sehr verdienstvoller Weise unternommen, zwölf Tessiner Erzähler, die nach 1945 an die Öffentlichkeit getreten sind, in deutscher Übersetzung vorzustellen¹.

Einige der jüngsten unter ihnen – vor allem Enrico Filippini – wagen experimentelle Prosa zu schreiben. Die übrigen folgen mehr oder weniger ihren grossen Vorbildern – Francesco Chiesa, Giuseppe Zoppi und Piero Bianconi – und führen die Tradition, wenn auch modifiziert, weiter.

In der vor dreissig Jahren von Giuseppe Zoppi herausgegebenen Anthologie *Dieci Scrittori* dominierte noch das Motiv der Landschaft. Auch in dem später erschienenen Sammelband *Convegno* nahm dieses Thema noch einen breiten Raum ein. In der vorliegenden Anthologie von Alice Vollenweider ist es fast ganz verschwunden. Die darin vertretenen Dichter haben sich vom ländlichen Idyll abgewandt und beschäftigen sich mit Problemen der Gegenwart: dem Unbehautsein des modernen Menschen oder der trügerischen Fassade leichtlebigen Daseins. Ihre Texte weisen grosse stilistische Qualitäten auf. Man merkt, dass die Tessiner Literatur von Lehrern geschrieben wurde, zu deren wichtigsten Aufgaben es gehört, die Reinheit der Sprache zu erhalten. Manchmal artet die Sorgfalt in einen unverbindlichen Ästhetizismus aus, so bei Mario Agliati, der die Einrichtungsgegenstände eines Wohnzimmers beschreibt und anhand der Möbel Erinnerungen evoziert, wobei er ganz unchronologisch durch die Ereignisse seiner Kindheit schweift; oder bei Plinio Martini, der sich auf einem Friedhof untergegangener Bräuche erinnert; oder auch bei Adriano Soldini, der in seiner Skizze «Meine Alten» die Vergangenheit heraufbeschwört. In Felice Filippinis heftig und abrupt erzählter Geschichte lebt in modernem Gewand noch etwas vom Melodrama eines D'Annunzio oder Verga weiter. Giovanni Bonalumi geht es um religiöse und politische Auseinandersetzungen. Adolfo Jennis Bericht vom banalen Tod eines banalen Helden beschäftigt sich mit dem Problem des Verhängnisses. Die «Militärische Suite» Giorgio Orellis geisselt mit feiner, eigenwilliger Ironie das Leben im Militärdienst,

während Giovanni Orellis «Winter» das Unheimliche eines von einer Lawine bedrohten Bergdorfes schildert. Immer wieder bricht auch das Doppelbödige der Provinzwelt durch, so in Carlo Castellis «Geburtstag», der voll quälender Beunruhigung ist, oder in Martino della Valles «Die üblichen Besuche bei den Verwandten», wo das Entwurzeltsein des modernen Menschen deutlich wird. Paolo Gir entlarvt die Alltagswirklichkeit als leere Staffage, hinter der ein Abgrund klafft. Und Enrico Filippini lässt in etwas gewalt-sam überbetonter Sachlichkeit Raum und

Zeit auseinanderfallen und die Jahreszeiten sich vermischen.

Wenn es auffällt, dass viele dieser Autoren ihre Themen noch in der Vergangenheit ansiedeln, sollte man bedenken, dass der Band nicht eigentlich junge Schriftsteller vorstellt. Der jüngste ist der sechsunddreissigjährige Enrico Filippini – während alle andern zwischen 40 und 60 Jahre alt sind.

Hannelise Hinderberger

¹Neue Erzähler aus dem Tessin. Mit einem Vorwort von Alice Vollenweider, Benziger-Verlag, Zürich und Einsiedeln 1968.

Mitarbeiter dieses Heftes

Beat Junker wurde 1928 in Bern geboren und durchlief hier die Schulen bis zur Universität, an welcher er sich zum Gymnasiallehrer ausbildete und bei Prof. Hans von Greyerz doktorierte. Seit 1956 wirkt er als Lehrer für Geschichte am Staatlichen Lehrerseminar Hofwil/Bern und seit 1966 auch als Privatdozent für «Geschichte und Soziologie der schweizerischen Politik» an der Berner Hochschule. Grössere Werke hat er bisher publiziert über eidgenössische Volksabstimmungen sowie zur Geschichte der bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, ferner zusammen mit Prof. Erich Gruner ein Lehrmittel für den staatskundlichen Unterricht auf der Gymnasialstufe.

Robert Schneebeili, geboren 1920 in Zürich, studierte an der Philosophischen Fakultät I der Universität Zürich. Daneben leistete er, wie es in seiner Generation üblich war, viel Militärdienst und dazu Erwerbsarbeit, immer mehr als Lehrer. Nach einem Aufenthalt in England als Deutschlehrer im Austausch schloss er seine Studien mit einer Dissertation über die Konzeption der Kolonialherrschaft von Lord Lugard («Die zweifache Treuhänderschaft», Europa-Verlag, Zürich 1958) ab. Zunächst wirkte er dann als Gymnasiallehrer für Geschichte und Englisch, bis er 1964 zum Direktor der Volkshochschule des Kantons Zürich berufen wurde.

Prof. Dr. phil. Hans Bänziger, Prof. of German, Bryn Mawr College, Bryn Mawr Pa. 19010 (USA)

Prof. Dr. phil. Erich Brock, 8053 Zürich, Oetlisbergstrasse 48

Dr. phil. Peter Grotzer, 8032 Zürich, Freiestrasse 21

Dr. phil. Hannelise Hinderberger, 3000 Bern, Postfach 175

Dr. phil. Walter Hugelshofer, 8006 Zürich, Wasserwerkstrasse 29

PD Dr. phil. Beat Junker, 3066 Stettlen, Ferenbergstrasse 24

Dr. phil. Peter Mieg, 5600 Lenzburg, Schlossgasse 50

Albert Müller, 8044 Zürich, Hofstrasse 96

Dr. phil. Robert J. Schneebeili, 8001 Zürich, Limmatquai 62

Cand. phil. Klaus Urner, 8006 Zürich, Weinbergstrasse 38

Oberstkorpskommandant Dr. iur. Fritz Wille, 3073 Gümligen, Tannenweg 11